

BEFREIUNG

P. b. b. Verlagspostamt 8010 Graz Heft Nr. 15 Erscheinungsort Graz

ARBEITERSELBSTVERWALTUNG



**BETRIEBS-
BESETZUNGEN!**

**VERGESELL-
SCHAFTUNG
statt Mitbestimmung!**

Pierre Ramus

DIE NEUSCHÖPFUNG DER GESELLSCHAFT

DURCH DEN
KOMMUNISTISCHEN ANARCHISMUS

II.

Ist der Kommunismus freiheitsfeindlich ?

Kommunismus ist keine Gesellschaftsordnung, vielmehr ein Wirtschaftssystem in einer solchen. Damit haben wir eine ganze Reihe von irreführenden Wortbestimmungen beseitigt, die vornehmlich durch den Marxismus und die Sozialdemokratie – neuerlich durch den Bolschewismus – eingeführt worden sind, aber auch schon in älteren Schulen des Kommunismus ihre ebenso unklaren Begriffsverzerrungen finden.

Unsere, durch die Geschichte des Kommunismus gerechtfertigte, theoretische Präzisierung müssen wir uns stets gegenwärtig halten, um begreifen zu können, warum der Kommunismus durchaus vereinbarlich mit dem Anarchismus ist, wodurch es also einen anarchistischen Kommunismus gibt. Allerdings ist richtig, daß der Kommunismus bisher vornehmlich in unanarchistischer, ja in autoritärer Form und Theorie aufgetreten ist.

Als bedeutendstes Beispiel dafür darf für die Neuzeit der Franzose Gracchus Babeuf (1760 bis 1797) gelten, dessen Verbindung des Kommunismus mit strengster zentralistischer Diktatur und Absolutismus dem Prinzip des Kommunismus einen ihm bis heute noch anhaftenden Charakter gegeben hat, den des Autoritären und Beherrschenden. Dazu kommt, daß auch in der Folge der Kommunismus stets mit mehr oder minder autoritären Elementen durchsetzt war, welches Gesamtbild noch gesteigert wurde durch Karl Marx, der in seinen jüngeren Jahren die kommunistischen Prinzipien mit jenen der babouvistischen Bewegung Frankreichs, zu seiner Zeit vornehmlich vertreten von Auguste Blanqui, taktisch verband und verflochten hat. Den Niederschlag dieser marxistischen Auffassung können wir im "Kommunistischen Manifest" erblicken, dessen sozialkritischer, sogenannter "wissenschaftlicher" Gedankengang der von Viktor Considerant geführten, fourieristischen Schule, dessen Aktionsprogramm jedoch dem Blanquismus entlehnt worden ist.

★

So ist es denn Tatsache, daß der Kommunismus, insbesondere als Aktionsbewegung immer in einem sehr starken autoritären Gewande aufgetreten ist, und er dadurch leicht in theoretischen Gegensatz zu bringen ist zu einer freiheitlichen Auffassung, zur Freiheit überhaupt. Dennoch ist es durchaus falsch, solches als

unbedingt notwendig zu behaupten. Noch vor Babeufs Verschwörung hatte bereits William Godwin in seinem 1791 erschienenen Werk "Untersuchungen über die Prinzipien der menschlichen Gerechtigkeit" ein durchaus kommunistisches System auf der Grundlage absoluter individueller Freiheit ausgearbeitet, also das Prinzip des Kommunismus mit dem der Regierungslosigkeit und beider Zusammengehörigkeit sehr bündig nachgewiesen.*) Auch deutsche Sozialisten, der heute längst vergessene Wilhelm Marr, der minderwertige Moses Hess und der als Schriftsteller und Historiker nicht unbedeutende Karl Grün, vertraten schon in den 40er Jahren des verflossenen Jahrhunderts in ziemlicher Klarheit den anarchistischen Kommunismus, ja bekämpften - insbesondere der erstgenannte - mit aller Schärfe jede autoritäre Gestaltung des Kommunismus, wie diese damals durch Weitling theoretisch behauptet ward; für die Gegenwart ist der Kommunismus durch Peter Krapotkin, Elisee Reclus, Leo Tolstoi, Errico Malatesta u. a. m. durchaus in Übereinstimmung mit den Freiheitsprinzipien der Persönlichkeit des modernen Kulturmenschen gebracht worden.

Es geht unmöglich an, die dem Kommunismus innewohnenden, wertvollen und wichtigen Elemente zu mißachten und zu verneinen, bloß darum, weil diese von vielen seiner Vertreter mißbraucht, unklar erfaßt und mißdeutet werden! Solche Mißachtung gemahnt an die absurde Unterschätzung der ethischen Werte des Christentums und Überlassung desselben an die Kirche, bloß weil dieses von der Kirche geschändet und entstellt worden ist.

*

Ausgehend von den Vorstellungen der Jakobiner der großen französischen Revolution und der von Babeuf bis spät in die erste Hälfte des verflossenen Jahrhunderts überkommenen und von Marx übernommenen Gedanken und Aktionspläne, sind die Sozialisten und Kommunisten unserer Zeit, so weit sie sich von den Traditionen der Vergangenheit fesseln lassen, Zentralisten, Erstreber der Staatsdiktatur, durch welche sie der Gesellschaft ihre kommunistischen Pläne aufzuzwingen hoffen. So sehr erscheint ihnen dies als der einzige Weg der Verwirklichung, daß die Zwangsgewalt des Staates ihnen als unlösbar verknüpft mit jedem kommunistischen Streben gilt. Erst dann, wenn letzteres verwirklicht, soll der Staat ein anderes Gesicht bekommen, als das eines Unterdrückers. Durch die Einführung des Kommunismus vermeinen sie, jeden Staat in einen kommunistischen Staat der Gerechtigkeit und sozialen Gleichheit verwandeln zu können, der dann, wie durch ein Wunder, just das Gegenteil dessen sein würde, was er stets gewesen.***) Während sie im Gewalteigentum des individuell-privaten Monopols sehr richtig den Urfeind der sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit und Solidaritätsmöglichkeit innerhalb der Gesellschaft erkennen, begreifen sie leider nicht, daß der

*) Vgl. Pierre Ramus: "William Godwin, ein Theoretiker des kommunistischen Anarchismus". Verlag Felix Dietrich, Leipzig-Gautzsch, 1907.

**) Die neuere, womöglich noch absurdere Auffassung der marxistischen "Kommunisten" geht dahin, daß der Staat, wenn durch das Proletariat erobert, noch als Unterdrückungsstaat fortbestehen müsse und daß erst nach einer in ihrer Dauer vollständig unbestimmten und unbestimmbaren Periode der "Diktatur des Proletariats" der Staat seines Unterdrückungscharakters entkleidet werden könne und dann absterben würde. Diese, teils aus sehr realer politischer Hochstapelei, aus Augumentum, aber auch aus Sophistik und dialektischer Kasuistik bestehende Auffassung ist die Lenins.

Staat der Monopolisator des Gewalteeigentums, dessen Grundlage ist. Will man das Gewalteeigentum, dessen private Macht beseitigen, muß vorerst der Staat beseitigt werden. Diese Wahrheit verstanden die Kommunisten der autoritären Schule nie, verstehen sie bis heute nicht. Für sie alle gilt nach wie vor der alte Babeuf'sche Satz: "Artikel 1. Die nationale Gütergemeinschaft steht unter der gesetzmäßigen Leitung der obersten Staatsverwaltung".

Allein nirgends, durch nichts ist wissenschaftlich oder logisch festgesetzt, daß die nationale Gütergemeinschaft nicht ohne gesetzmäßige Leitung einer obersten Staatsverwaltung bestehen könnte. Es ist vielmehr sicher — und ich werde dies beweisen — daß sie mit einer solchen nie bestehen kann, wie denn auch die Versuche demokratisch-autoritärer, kommunistischer Siedlungen und in der Gegenwart das bolschewistische Experiment in Rußland, durch ihren inneren Widerstreit stets kläglichen Schiffbruch erlitten haben, was von anarchistischen Experimenten dieser Art nicht behauptet werden kann. Gingen die letzteren zu Grunde, so waren außer ihnen gelegene autoritäre Kräfte und Mächte hauptsächlich daran schuld, kein in ihren Ideen und Lebensführungen gelegener Widerstreit.

*

Eine Erklärung dafür, woher es kommt, daß ein und dasselbe Prinzip sowohl freiheitlich als auch knechtisch, unfreiheitlich und libertär, voluntär in Anwendung gebracht werden kann, findet sich durch den Umstand gegeben, daß der Kommunismus eben nur eine wirtschaftliche Einrichtung, eine Gemeinschaftsordnung wirtschaftlicher Art innerhalb einer besonderen Gesellschaftsform ist und nichts mehr. Es ist klar, wenn wir ihn in dieser Weise auffassen, so hängt es von uns selbst ab, wie wir ihn gestalten, welche Form wir ihm geben, die freiheitliche oder autoritäre. **Der Kommunismus ist keine Gesellschaftsordnung, keine rechtliche Verfassung der sozialen Lebensbeziehungen der Menschen untereinander, er ist nicht mehr, nicht weniger als ein wirtschaftlicher, die Eigentumsverhältnisse und die Subsistenzmittel, deren Verteilung bestimmender ökonomischer Vertrag der Menschen miteinander.**

Am deutlichsten wird die Geschmeidigkeit und allmögliche Verwertung des Kommunismus, wenn wir ihn dort ins Auge fassen, wo er heute schon besteht, z. B. Beispiel in der Familie. In dieser obwaltet ein engbegrenzter, bis zu gewissen Altersstufen reichender Zustand der Gütergemeinschaft, der für sie unbedingt das Charakteristikum einer kommunistischen Organisation erheischt. Denken wir uns die Familie ohne legale Zwangsform, aber auch mit derselben, wie sie heute besteht — eines ist beiden Formen gemeinsam: Die Verschiedenartigkeit ihres jeweilig, von Fall zu Fall sich ergebenden Gehaltes. In der einen Familie findet man ein sehr freiheitliches Prinzip wirtschaftlicher Beziehung obwalten, dagegen in einer anderen ein strengeres; in der einen Familie wird streng nach dem Prinzip **"Einem Jeden nach seinen Leistungen!"**, in einer anderen nach dem Grundsatz: **"Einem Jeden nach seinen Bedürfnissen"**, verfahren. Selbst der Verteilungsmodus ist ungemein vielfältig und mannigfach abgestuft und unterschiedlich in den diversen Familien; was in der einen gilt, gilt nicht in der anderen. Dennoch unterliegt ihnen allen eine gemeinsame Grundlage: die des Kommunismus.

Schon durch dieses eine Beispiel geht hervor, daß der Kommunismus in seiner Verwirklichung und Durchführung abhängig ist nicht von ihm selbst innewohnen-

den Prinzipien der Freiheit oder Unfreiheit, sondern ausschließlich von der Art der Übereinkunft, wonach seine Verwirklichung geregelt wird. Jene allein bestimmt, ob der Kommunismus freiheitlich oder autoritär wird, ob seine wirtschaftlichen Bedingungen sich für die Gemeinschaft, in der er etabliert ist, freiheitlich oder unfrei äußern.

Von vornherein zu behaupten, der Kommunismus müsse unbedingt autoritär sein, ist genau so unlogisch, wie zu behaupten, er könne nur freiheitlich etabliert werden. Einen demonstrativen Beweis gegen die letztere Behauptung bilden die bestehenden Mönchsorden und sonstigen Klöster der römisch-katholischen Kirche; die Bestrebungen der marxistischen Sozialdemokratie, wie sie im Bolschewismus in Rußland und anderswo ihre Verwirklichung gefunden haben.



III.

Der Kommunismus ist logisch freiheitlich.

Es gibt gewisse Grundsätze im Kommunismus, die allein im Stande sind, eine Bürgschaft für die Verwirklichung seiner Bestandselemente zu gewähren; werden jene nicht realisiert, so vermag keine Form des Kommunismus dasjenige zu gewährleisten, was seine Wesenselemente ursprünglich verbürgen sollen.

Was ist das hauptsächlichste Grundprinzip des Kommunismus?

Es besteht aus drei Elementen, von denen jedes einer eingehenden Erläuterung bedarf, die aber in einer kommunistischen Gesellschaft unauflöslich miteinander verbunden sein müssen. Diese drei Elemente sind:

1. Innerhalb der Gesellschaft darf es keinerlei durch einzelne Menschen – weder als Staat noch als Individuum – bewirkte Monopolisierung von Arbeitsinstrumenten, Grund und Boden, Rohmaterialien und allem, für jedes Individuum wichtigen Existenzmitteln geben.

2. Die Lebensbedingungen Aller müssen in einer kommunistischen Gesellschaft so geartet sein, daß kein Individuum genötigt sein darf, sich einem anderen behufs Ausbeutung zur Verfügung stellen zu müssen.

3. Um sowohl die Bedingungen dieses ersten wie zweiten Grundprinzips des Kommunismus zu erfüllen, muß jeder arbeitswillige Mensch das ihm gesellschaftlich unbedingt garantierte, freie Zutrittsrecht zu allen für ihn in Betracht kommenden Arbeitsstätten, das freie Benützung- und Nutznießungsrecht aller Arbeitsinstrumente und als Vorbedingung dazu das freie Ansiedlungsrecht auf dem Grund und Boden der Gemeinschaft haben.

In diesen drei Prinzipien liegt das Schwergewicht des Kommunismus, diesen richtig verstanden und mit Berücksichtigung aller seiner Konsequenzen und Aktionsbeziehungen, wie Formen gewürdigt. Allerdings ist es Tatsache, daß diese von

mir gebotene, grundsätzliche Formulierung des Kommunismus bisher nicht in der so wünschenswerten Klarheit der Zusammenfassung geboten ward.

Schon in der ersten Formel unterscheide ich mich von den üblichen Darlegungen. Der Kommunismus wird oft in vager Redensart als "Gütergemeinschaft" bezeichnet. Dieses Wort ist nichtssagend und öffnet einer ganzen Reihe von Mißverständnissen und Mißbräuchen Tür und Tor. Denn da eine Gemeinschaft ein durchaus unexakter Begriff ist, sie größer, kleiner, nach Belieben variierend sein kann, läßt sich bei einiger Dehnung des Begriffes recht wohl behaupten, daß, da eine Gemeinschaft selbst nicht imstande sei, in ihrer Gesamtheit die Verwaltung ihrer Güter zu besorgen, jene notwendigerweise irgend eine Staatsorganisation voraussetze. Auf diese Weise kommt bekanntlich der autoritäre Kommunismus gedanklich und praktisch zu Stande.

In Wirklichkeit bedeutet das Wort Kommunismus weder sprachlich noch begrifflich Gütergemeinschaft, wie es unklarerweise selbst von Soziologen und Professoren behauptet wurde. Sinngemäß bedeutet es nur die Wahrung der wirtschaftlichen Lebensrechte jedes Individuums durch die Gemeinschaft. Was diesem Worte seine Anwendung und sein Gebrauchsrecht bietet, ist das, wie es jene Wahrung durchsetzt. Diese Aufgabe wird ausschließlich erfüllt durch die Verneinung des Monopolrechtes über die für alle Individuen nötigen Lebensbedingungen und Wirtschaftsmittel, nicht durch irgendwelche phantastische Gütergemeinschaft, die nicht einmal eine logische Folgerung, keineswegs aber eine notwendige Voraussetzung für den Kommunismus sein muß.

Eben so falsch und begriffsverwirrend ist auch die Behauptung, der Kommunismus verneine das Eigentum. Es gibt keinen einzigen Beleg für eine solche Behauptung, es sei denn die unklare Ausdrucksweise der eine solche Behauptung Vertretenden, wofür aber nicht das Prinzip, die Idee des Kommunismus verantwortlich gemacht werden kann.

Vergegenwärtigen wir uns, was man vernunftgemäß unter Eigentum verstehen kann. Vor allem ist es das, was ein Mensch auf Grund seiner Eigenbemühung und Anstrengung sich erworben hat. Daß diese derart sein muß, mit dem Rechtsgefühl, den Interessen und dem Wohle Aller nicht in Widerspruch zu geraten, ist doch gewiß klar. So aufgefaßt, bedeutet das Eigentum ein durch Eigenarbeit erworbenes Gut. Und gegen dieses sollte der Kommunismus sich wenden, es verneinen? Welche Torheit, solches zu sagen, zu glauben, zu behaupten!

Ist es nicht vielmehr sinnfällig, daß der Kommunismus als Sachwalter des Gemeinschaftsinteresses Aller, weil eines Jeden, sich nur gegen Dasjenige kehrt, was den Namen "Eigentum" usurpiert, fälschlich und hehlerisch angeeignethat, in Wahrheit aber ein, unter dem Deckmantel des Eigentums sich unausgesetzt betätigender, vermehrender und monopolisierender Raub ist? So verhält es sich wirklich, wie wir eingehender begründen wollen.

Was heutzutage Eigentum genannt wird, ist weder ein durch eigene Arbeit erworbenes noch selbst durch das Erbrecht überkommenes Arbeitsgut. Wäre es dies, so würde es für die meisten Besitzer jeden Wert verlieren und wäre für sie nur Ballast, unnütze Bürde. Was sollte zum Beispiel ein Großgrundbesitzer anfangen mit seinen vielen hunderttausenden Quadratmetern Feld- und Waldboden, die er selber weder bearbeiten noch überhaupt nutzen könnte, da weder seine noch sei-

ner ganzen Familie Arbeitseifer zu ihrer Bewirtschaftung ausreichte? Was sollte und könnte ein Fabrikant anfangen mit seinen Maschinen, Rohstoffen, seiner Fabrikseinrichtung, wenn er in deren Eignung allein sein Vergnügen finden müßte? Welchen Wert besäßen ein oder mehrere Häuser für einen Hausbesitzer, wenn er sie versperrte und niemand darin wohnen ließe, selbst aber nur einen kleinen Teil seines Hauses zu seinen Wohnungszwecken nötig hätte und verwerten könnte?

So erkennen wir denn, daß das Eigentum an sich keineswegs gefährlich oder gesellschaftlich schädlich ist; daß aber das, was sich unter diesem harmlosen Namen verbirgt, etwas Anderes ist. Das für die Gesellschaft Gefährliche in der Position des Grundbesitzers, des Fabrikanten, des Hauseigentümers bildet der Umstand, daß sich in seinen Händen die Lebensmöglichkeiten von so und so vielen Menschen konzentriert finden, denen jene Existenzmöglichkeiten zu verweigern, er die Macht und die Machtmittel besitzt. So und so viele Menschen bedürfen zur Fristung ihres Daseins just dessen, was sich in den Händen des Großgrundbesitzers, Fabrikanten und Hauseigentümers befindet; und dieser besitzt die Macht, ihnen die Bedingungen einer gewaltigen Tributentrichtung zu diktieren, damit sie dasjenige gebrauchen, benützen, genießen können, was sie und ihrer gleichen erzeugt haben, was für alle Menschen in durchaus gleicher Weise unentbehrlich ist.

*

Hier haben wir dasjenige, wogegen der Kommunismus sich kehrt, wogegen er ankämpft, was er, das positive Gegenteil eines solchen schrecklichen, grausamen Zustandes, auszurotten bemüht ist und was in seiner Wirtschaftsordnung keinen Raum haben kann. Es ist die Macht, das Eigentum gegen die Interessen Aller zu gebrauchen – dagegen kämpft der kommunistische Gedanke! Das Eigentum soll im Dienste Aller, der Gemeinschaft, also im Dienste jedes Individuums stehen, niemand soll entrechtet sein, den Wenigen aber soll das Macht- und Gewaltverrecht entzogen werden, sich gegen das Lebensrecht jedes Einzelnen der Gemeinschaft verbrecherisch verständigen zu können: Selber ungeheure Reichtümer aufzuhäufen, die durch Profitraub, Wucher und Ausschließung unzähliger Mitmenschen mittels Hungers, Verelendung, Unterernährung und des Hinsiechens und Sterbens von Kindern, Frauen und Männern zusammengeschart wurden – während Millionen Menschen darben! Der Kommunismus richtet sich somit nicht gegen das Eigentum, sondern gegen den durch den Staat gewährleisteten Machtmißbrauch des Eigentums wider die Gemeinschaft, zu Gunsten einer im Vergleich zu den breiten Massen der Darbenden und in beständiger Lebensunsicherheit und erbärmlicher Abhängigkeit Gequälten, verschwindenden Minorität von unrechtmäßig, also gewaltsam Bevorzugten.

Was aber ist es, was einigen wenigen Gewaltindividualitäten die Macht verleiht, gegen ihre Mitmenschen handeln zu können?

Es ist nicht etwa eine besondere Bosheit oder Schlechtigkeit ihres Naturells, die dieses bewirkt. Es ist vielmehr nur die Monopolform, die der Staat dem Eigentum verliehen hat, eine Monopolform die darin besteht, daß die, dank der Zufallsgunst des Erbrechtes oder dank persönlicher Verschlagenheit und Erwerbsschlaueheit oder durch sonst irgend welchen Glückstreich in den Besitz von Reich-

tümern gelangten Individuen das Gewaltrecht haben, Tausende und Zehntausende von Menschen, denen jene für den Einzelnen an sich ganz wertlosen Gütermengen eigentlich gehören sollten, vom Gebrauch und der Nutzbarmachung derselben ausschließen zu können. Diese Monopolgewalt des Ausschlusses beliebiger Mitglieder der Gemeinschaft vom Genusse der von ihr und für sie erzeugten Güter durch Einzelne — sie bekämpft der Kommunismus; und die Bedingung: für diese Monopolinhaber arbeiten zu müssen, um existieren zu können, um von den Monopolisten eine dürftige Menge von Subsistenzmitteln zu erhalten — dieser Zustand erscheint dem Kommunismus als dieselbe Entwürdigung der menschlichen Persönlichkeit, wie sie einst dem antiken Sklaven auferlegt war, der ebenfalls, um leben zu können, für einen Herrn arbeiten mußte.

Es ist somit durchaus falsch zu behaupten, der Kommunismus wolle das Eigentum abschaffen. Er will nur den Monopolcharakter des Eigentumsprivilegiums abschaffen. Der Kommunismus will auch nicht das Privateigentum abschaffen, so weit dasselbe nicht Monopoleigentum ist. Seine Abschaffungstendenz gilt nur dem privaten — dieses lateinische Wort bedeutet: "räuberischen" — Eigentum. Kein Mitglied der menschlichen Gemeinschaft sei diesem Monopoleigentum unterworfen, jeder Mensch sei im Besitz und Genuß dessen, was er durch seine Eigenarbeit erworben, ausgetauscht hat, genießen und benützen kann und, um glücklich zu leben, besitzen muß.

*

Welche Wirtschaftsformen sind im Stande, das monopolistische Prinzip völlig zu verneinen, welche ökonomischen Prinzipien können es in der Gesellschaft organisatorisch tun? Nur herrschaftslos-kommunistische. Sie allein wahren die Rechte des Gemeinschaftsinteresses Aller gegen die Übergriffe des Einzelnen, indem sie grundsätzlich antimonopolistisch sind.

Das Möglichkeitsfundament eines jeden Monopols ist in dem Bestand des Staates gelegen. Es hat nie und nimmer ein Monopol gegeben, ehe es einen Staat gab. Erst mit seinem Aufkommen entstand mittels Krieges, der rohen Gewalt und Übervortellung diejenige Monopolisierung der Lebensgüter der Gesellschaft, die teils durch die Natur, teils durch die menschliche Assoziation und Arbeit aufgehäuft waren. Die durch autoritäre Verblendung ihrer Mitmenschen zu Machthabern über diese Gewordenen, entzogen der Gemeinschaft immer mehr die freie Benützung der in Folge gesellschaftlichen Lebens und Arbeitens entstandenen Güter, rissen diese und die gemeinsame Erde an sich und machten die Untertanen sich tributär für das ihnen zugebilligte Recht auf eine dürftige Sklavenexistenz, die — wie der Weltkrieg zeigte — im Kriege auch nicht anerkannt wurde, da in ihm der Staatsklave bis zum heutigen Tage gezwungen ist, sich töten zu lassen, andere zu töten und zu verbluten für das "Recht" der Fortdauer seiner Sklavenexistenz unter einer gewöhnlich sprachverwandten Kaste von Machthabern.

Da der Kommunismus antimonopolistisch ist — und es dürfte wohl keinen Kenner seines Prinzips geben, der dies leugnen könnte — muß er antistaatlich sein. Jeder Versuch einer Menschengruppe, sich als Staat innerhalb der Gesellschaft zu etablieren, muß zum Untergang des antimonopolistischen Prinzips des Kommunismus führen, zum Untergang seines wesentlichen kommunistischen Seins.

*

Um diese Erkenntnis voll würdigen zu können, dazu ist nötig, daß wir sie nicht bloß auf den heutigen Staat anwenden, in dessen Rahmen ein logischer, wirklicher Kommunismus überhaupt unmöglich ist. Wir müssen diese Erkenntnis auch auf jene autoritäre Form des Kommunismus anwenden, die viele seiner Anhänger ihm zu geben trachten, die einen Staatskommunismus mehr oder minder demokratischer und sozialer Art erstreben.

Ein solcher Kommunismus jedoch wäre ein leibhaftiger Widerspruch zu sich selbst. Denn, was besagt er in nüchterner Wirklichkeit? Nichts als dies: die Produktionsgüter sind aus den Händen der einzelnen Monopolisten in die Hände eines Einzigen übergegangen, nämlich in die des Staates. Wäre ein solcher Zustand Kommunismus? Vielleicht eine besondere Mißgestalt desselben, jedenfalls ein absolut verkrüppelter, der mehr die Wesensprinzipien eines staatlichen Universalmonopolismus, denn die eines Kommunismus an sich trüge. Gerade der Weltkrieg hat uns gelehrt, eine wie demütigende, wie infame Verknechtung des Individuums der Staat überall bewirkt, wo er, unter Anwendung pseudokommunistischer Gleichheitsprinzipien, seinen Despotismus wirtschaftlich geraten läßt.

Da ein Staatszustand ohne Monopolisierung unmöglich ist — wodurch sollte ein Staat seine Herrschaft erhalten und durchsetzen, wenn nicht durch jene? —, sind Staat und Kommunismus für jeden gründlichen Betrachter Gegensätze. Wirklich konsequenter Kommunismus verneint durch seine Wesensprinzipien jegliche Staatlichkeit, denn sie bedeutet unweigerlich Monopolisierung. Deshalb ist der Kommunismus logisch freiheitlich.

*

Ist somit der Kommunismus ein logischer Gegensatz zu jedem Staatsprinzip, so erkennen wir die Wichtigkeit dieses Satzes noch deutlicher, wenn wir das zweite des von uns angeführten kommunistischen Grundprinzips ins Auge fassen. Dieses besagt, daß kein Mensch gezwungen sein dürfe, sich einem anderen produktiv zur Verfügung stellen zu müssen, da der Mißfall eines solchen Tuns stets zur Ausbeutung geleiten wird, ja diese als Zweck besitzt.

Wie stände es mit diesem Grundsatz in einer autoritär-kommunistischen Gesellschaft? Wir haben einen Vorgeschmack davon durch den bolschewistisch-marxistischen "Kommunismus" in Rußland empfangen. Sehr bald sehen die Gesellschaftsmitglieder ein, daß der Gesamtbetrieb ihrer Wirtschaft nicht in ihrem eigenen, sondern im Staatsinteresse vor sich geht. Es öffnet sich vor ihnen ganz derselbe Abgrund, der früher zwischen dem Interesse des Kapitalisten und Arbeiters bestand. Um ihn ebenso unsichtbar zu machen, wie dies in der Gegenwart geschieht, muß die autoritär-kommunistische Regierung Zustände schaffen, die es bewerkstelligen, daß die Mitglieder der Gesellschaft sich in einer freiwillig-unfreiwilligen Zwangslage befinden, sich ihr, der Regierung, zur Verfügung stellen zu müssen. Damit ist aber ganz derselbe Zustand wiedererstandenen, den wir heute innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft haben. Wie richtig dies ist, hat der russische Bolschewismus erwiesen, der Zwangsarbeit und drakonische Strafen für die Arbeiter eingeführt hat.

Auch von diesem Standpunkt sehen wir, daß eine autoritär-kommunistische Wirtschaftsorganisation als solche ein Ding der Unmöglichkeit ist. Die Autorität schlägt den Kommunismus Schritt auf Schritt tot; letzterer wird unhaltbar und räumt der Autorität, also dem Monopolismus, wieder das Feld — der proletarisch-diktatorische Staat führt zur Restaurierung des Monopols!

Allein, auch dem dritten Wesensprinzip des Kommunismus, wie ich es oben theoretisch formuliert habe, hält eine autoritäre Gestaltung dieser Wirtschaftsord-

nung kommunistischer Art nicht Stand. Diese erfordert, um eben ihren Wesensprinzipien treu zu sein, diese zu erfüllen, den absolut unbehinderten, freien Zutritt eines Jeden und Jeder zu allen Arbeitsstellen, die unbehinderte Benützungsmöglichkeit und Nutznießung aller Produktionsinstrumente und Lebensgüter durch das einzelne Individuum oder die Assoziation solcher freier Individuen.

Diese Hauptbedingung eines jeden echten Kommunismus kann dessen autoritäre Karikatur unmöglich erfüllen. Um in deren Wirtschaftsform arbeiten zu dürfen, muß sich das Individuum verpflichten – für den Staat zu arbeiten; es darf nicht für sich und seine Zwecke arbeiten. Es muß das von ihm Produzierte abtreten, abgeben an den Staat und sich mit einer, von ihm festgesetzten, entweder alle gleichheitlich auf ein Futterniveau nivellierenden Bezahlung oder Lebensverbürgung bescheiden oder mit einer, je nach individuellen Leistungen des Arbeitenden, abgestuften Entlohnung. Auf jeden Fall muß diese Entlohnung dem endgültigen Ermessen des Staates anheimgegeben sein, wie auch die Schätzung des Qualitätswertes der erzeugten Produkte und des Leistungsgrades der Arbeitskraft.

Zu welchen ungeheuren Willkürlichkeiten all dies führen muß, dürfte bei tieferem Nachdenken einleuchten, haben wir in Rußland beobachtet. Aber selbst wenn es zu keinen Willkürlichkeiten führte, wäre eine solche Einrichtung in der Gesellschaft durchaus antikommunistisch. Ist sie doch gar nichts anderes, als das, was wir heute haben, und was der Kommunismus auf das entschiedenste bekämpft. Auch heute besteht die wirtschaftliche Knechtung und Versklavung der Menschen vornehmlich darin, daß ihr Zutritt zu den Stätten der Produktion, die Benützung der Arbeitsinstrumente an die Erfüllung gewisser Bedingungen gebunden ist, die dem besitzlosen Menschen tributär auferlegt werden! Und es spielt gar keine Rolle, daß sie ihm heute vom einzelnen Kapitalisten auferlegt werden, morgen vom Volks- oder Proletarierstaat auferlegt werden sollen. Der springende Punkt, auf den es ankommt, ist, daß heute der Mensch dem Kapitalisten, morgen dem Staate besitzlos gegenüber stände, von dessen Sonderinteresse ebenso abhängig wäre, wie er es heute von denen des individuellen Kapitalisten ist.

So sehen wir denn, daß ein jeder autoritärer Kommunismus kein solcher, sondern ein verkappter Kapitalismus ist. Dies ist insofern tröstlich, als dadurch der bündige Beweis erbracht ist, wonach die Bestandsmöglichkeit des Kommunismus sich nur in anarchistischer Verfassung ergibt.

*

Man wende dagegen nicht ein, daß der Volks- oder Proletarierstaat etwas anderes sein würde, als der heutige Staat, der ein Machtstaat ist. Eine solche Behauptung ist gedankenlose Phrase und hypothetische Konstruktion. Wir kennen historisch den Staat in allen mannigfachen Formen seines Bestandes; immer aber bedurfte er der Gewalt, um sein Lebensinteresse zu wahren und zu erhalten. Noch nie hat es einen Staat ohne Staatsgewalt gegeben. Welchen Beweis haben die Staatsgläubigen dafür, daß ihr besonderer Staat seine Gewalt immer in den Dienst des Rechts stellen, sie nie mißbrauchen, sich ihrer in übermenschlich selbstloser, fast metaphysischer Weise entäußern wird?

Erwiesenermaßen müßte der "kommunistische" Volks- oder Proletarierstaat die Interessensphären der angeblichen oder wirklichen Majorität wahren. Er bedürfte also schon dazu einer starken Staatsgewalt, um die Minoritäten widerstre-

bender Proletarier niederzuhalten. Nun beweist aber jedes Blatt der Geschichte, daß der Fortschritt der Menschheit stets nur der Minorität, ja zuerst nur der initiativkräftigen Eigenpersönlichkeit zu verdanken, die Majorität stets konservativ war. Um die Minoritäten niederzuhalten, müßte der Volksstaat — in strikter Wahrung der imperativen Mandatsobliegenheit gegenüber der Majorität — die Mitglieder widerstrebenden Minorität strafen, hemmen, schädigen und, wo nötig, unschädlich machen. Um so sicherer ist dies der Fall, als uns die Geschichte auch lehrt, daß jede Minorität sich einem Majoritätsbeschluß nur so lange fügte, als sie sich nicht kräftig genug fühlte, ihm Widerstand zu leisten. Im Moment, wo letzteres der Fall war, gingen alle idealen Phantasietugenden der Demokratie, nämlich die Unterordnung der Minorität unter die Majorität, zum Teufel.

Wie ein Schreckgespenst der alten, bestehenden Gesellschaft ersehen wir, wie sich auch der neuen, autoritär-kommunistischen Gesellschaft die Notwendigkeit ergäbe, eine rächende Gewaltjustiz, Strafrechtspflege, Staatsanwaltschaft, Kerker, Gefängnis, Zuchthaus, ja selbst den Galgen wieder einzuführen, und zwar gegen die Mitglieder ihres eigenen Regimes — wie ganz unversehens die autoritär-kommunistische Gesellschaft das Antlitz der alten, archaischen annähme. Wäre überhaupt noch ein Unterschied zwischen ihr und jener? Kaum, und wenn schon, dann nicht sehr zu Gunsten der "kommunistischen", wie uns die Lynchjustiz der bolschewistischen "Tscheka" bewiesen hat.

*

Daß ein solcher "Kommunismus" durchaus reaktionär, verwerflich — sein Vorbild ist im Bolschewismus gefunden — ist schwerlich zu bestreiten. Er hält keiner Anforderung des modernen Geistesbewußtseins stand. Freilich will dies nicht besagen, daß er deswegen ausgeschlossen oder unmöglich sei, denn so manches widerstreitet ebenfalls unserer besten Einsicht, unserem ethischen Empfinden und dennoch triumphiert es temporär über dieses. Nie aber dürfen wir diesen Widersinn, der sich als autoritärer "Kommunismus" aufspielt, als ein Ideal erklären! Wir müssen ihn bekämpfen, ihm mit aller Kraft unseres Kulturbewußtseins widerstreben. Nur dadurch wird der Reifeprozess des menschlichen Vernunftgeistes gefördert, der allerdings oft erst durch lange Stadien bitterer Erfahrungen die Fernwarte der vereinzelt und verfrühten Pioniere und ihres geistigen Ausblickes erreicht.

Sicher ist eines: ein Kommunismus, der sämtliche seiner eigentlichen Wesensprinzipien aufhebt oder zunichte macht, ist kein Kommunismus. Ein unsinniges Wortspiel, ihn noch so zu nennen.

Wir haben bei weitem nicht alles angeführt, was sich gegen die Möglichkeit eines autoritären Kommunismus vom psychologischen, soziologischen und ökonomischen Standpunkt aus sagen ließe. Aber das, was wir gesagt haben genügt unbedingt, um unsere These zu beweisen: **ein autoritärer Kommunismus ist ein Schema der Unwirksamkeit und auch der logischen Unmöglichkeit im Rahmen wirklicher kommunistischer Prinzipien. Die aus diesen erwachsenden Einrichtungen und sozialen Beziehungen sind freiheitlicher Natur — logisch betrachtet ist der Kommunismus nicht im Widerspruch mit der Freiheit. Deren wirtschaftliche und solidarisch-gerechte Durchführung für den Einzelnen zu gewährleisten, ist gerade der Kommunismus am geeignetsten, denn er ist, vernunftgemäß gewertet, entweder anarchistisch, oder er kann über-**

haupt nicht sein.

Dasselbe Recht, mit dem der Kommunismus auf wirtschaftlichem Gebiet den Monopolisten, den Ausbeuter, also den Herrn und Gebieter als unnütz, parasitär und schädlich erklärt, diesselbe Recht führt unvermeidlich und unerbittlich zur Abschaffung des Herrn und Gebieters in allen Sphären der Gesellschaft.



Die heiligsten Güter der Menschen:

»Wir kämpfen für unsere heiligsten Güter«,
Die Phrase gebrauchen die staatlichen Hüter.
Was kann es an Gut denn heiligeres geben,

Als den Menschen selbst, das Menschenleben,
Ich hab' Euch durchschaut - es stimmt auch getreulich:
Nur Eure Güter, nicht unsere, sind heilig.

Frauenbewegung.

Herrgott, geraten die Frau'n in Erregung,
Ist erst die Rede von Frauenbewegung,
Worte wie Wahlrecht - frei wie der Mann!

Komisch hört sich das alles an.
Freiheit - das ist Euer gutes Recht -
Doch frei wie ein Herr - nicht, wie ein Knecht!

Wollt Ihr die eigenen Fesseln sprengen,
Um Euch sogleich in neue zu zwingen?
Scheint Euch das Leben der Männer frei?
Ich sehe ringsum nur-Sklaverei!
Um Frauenfreiheit - da steht es trist,
Solang Ihr nicht ahnt - was Freiheit ist!

Eingriffe gegen das keimende Leben.

Nach starren Gesetzesparagrafen,
Ist Eingriff gegen keimendes Leben zu strafen.
Kann's etwas Dümmeres auf Erden geben?
Als das Kommando: »Mensch, du mußt leben!«

Hat jemals der Staat ein Leben erweckt?
Nein, aber Tausende sind schon verreckt,
Wollten sie frei ihre Seele erheben -
Das nenne ich: Eingriff gegen keimendes Leben.

Gedichte aus "Wenn der Glorienschein verbleicht..." von

Robert Bodanzky (Danton)



AUFRUF



Im Bemühen, den Leserkreis zu erweitern, wollen wir an unsere sehr geschätzten Leser der BEFREIUNG die Bitte richten, uns dabei zu unterstützen. Nebst unseren edlen Spendern, senden wir unverbindlich unser Organ auch an viele Leute, von denen wir annehmen, daran Interesse zu haben mit quasi den Beweis, daß sie es uns nicht zurückschickten. Das ermuntert uns, einen weiteren Vorstoß zu wagen, indem durch Zusendung weiterer Adressen von ihren Verwandten, Bekannten und Freunden, an denen wir ebenfalls Probeexemplare zusenden würden, unsere obige Bitte erfüllt werden kann.



Mit libertärem Gruß,
die Herausgeber

IBERIEN Nachrichten



Wiedererwachen des spanischen Anarchosyndikalismus

Der Anarchosyndikalismus brauchte nach dem Tode Francos eine längere Zeit, als die anderen, von der Diktatur unterdrückten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, um sich wieder zu rekonstituieren. Das hängt mit der ihm zugrunde liegenden Ideologie zusammen, die ihm einen streng föderalistischen Aufbau seiner Organisation vorschreibt. Kein mehr oder wenig zufällig zusammengesetztes Komitee von Führern konnte in seinem Namen weltweite Erklärungen abgeben, sondern es mußten in mühsamer Kleinarbeit Lokalföderationen und aus deren Delegationen Regionalföderationen gebildet werden, die schließlich die Bildung eines Nationalkomitees ermöglichten.

Heute ist die "**Confederacion National del Trabajo**" (CNT) wieder da und nimmt neben den sozialistischen, kommunistischen und christlichen Arbeiterorganisationen Anteil an der sozialen Auseinandersetzung.

Die CNT wurde im Jahre 1910 im Salon de Bellas Artes in Barcelona durch einen föderativen Zusammenschluß von lokalen gewerkschaftlichen Gruppierungen und regionalen Föderationen gegründet.

Ihre Wurzel geht aber auf das Jahr 1868 zurück, dem Jahre, in dem Giuseppe Faneli, ein Gesinnungs- und Kampfgenosse Michael Bakunins, nach Madrid reiste und in der spanischen Hauptstadt einer kleinen Gruppe von Arbeitern, die Idee des freiheitlichen Sozialismus auseinandersetzte. Der Boden war zur Aufnahme dieser Saat bereits vorbereitet, nicht zuletzt eines sozialen Liberalismus einer einflußreichen Schicht von Intellektuellen, deren Gesellschaftsauffassung von der Philosophie Karl Christian Krauses, eines in seinem Vaterland fast unbekanntem Schülers Immanuel Kants, geformt war.

Entscheidend aber war eine volkstümliche kommunalistische und regionalistische Tradition, die auf der iberischen Halbinsel bis ins Mittelalter und noch weiter zurückreicht.

Mit erstaunlicher Schnelligkeit bildete und entwickelte sich die spanische Sektion der internationalen Arbeiterassoziation, welche, wie die schweizerische Juraföderation, ein Grundpfeiler des anti-autoritären, nicht-marxistischen Flügels dieses ersten internationalen Arbeiterzusammenschlusses werden sollte.

Nach der Auflösung der ersten Internationale infolge von äußerer Unterdrückung und innerer Auseinandersetzung und Zersplitterung blieb die Bewegung bestehen,

dort, wo ihr wirkliches Kraftzentrum war, in ihren lokalen Gruppierungen und regionalen Föderationen. So überdauerte sie innere Zwiste, Verbote und Verfolgungen. Der Zusammenschluß zur nationalen Föderation erfolgte in verschiedenen Anläufen immer wieder von neuem.

Die "Confederación Nacional del Trabajo" ist die jüngste dieser Zusammenschlüsse. Vor den übrigen Arbeiterorganisationen zeichnete sie sich durch drei Eigenschaften aus: **ihre kompromißlos kämpferische Haltung im täglichen Kampfe um die wirtschaftliche Emanzipation der Arbeiter und Bauern, ihre freiheitliche Zielsetzung, der sie in ihren Kampfmethoden und im Aufbau ihrer Organisation stets Rechnung zu tragen suchte, und nicht zuletzt ihre Sorge um die Volksbildung, von der Bibliotheken, Ateneos (Treffpunkte, wo kulturelle Vorträge und Diskussionen veranstaltet wurden), freie Schulen, die überall entstanden, wo die CNT Fuß faßte, Zeugnis ablegen.**

Am 19. Juli 1936 beantworteten die anarchosyndikalistischen Arbeiter den Staatsstreich der Generäle mit ihrer eigenen Revolution. Der Zusammenbruch der bürgerlichen und staatlichen Ordnung begünstigte die Schöpfung von Wirtschaftskollektiven in Stadt und Land, die in ihrer Realisierung von freiwilliger Solidarität Ähnlichkeit mit den Kibbuzim aufwiesen, die in Palästina als Musterbeispiele freiheitlich-sozialistischer Organisation bereits bestanden.

Diese Revolution, die in einem ungünstigen historischen Moment ausgebrochen war, scheiterte in erster Linie an den internationalen Machtverhältnissen, aber wie mir scheint, auch an inneren Widersprüchen der Ideologie, die ihr zu Grundlage lag.

Ob der Anarchosyndikalismus, einst der größte und mächtigste Sektor der spanischen Arbeiterbewegung heute wieder Fuß zu fassen vermag, hängt von verschiedenen Faktoren ab.

Lebenswichtig wird es sein, einen Weg zu finden, der Treue zum Geiste freiheitlicher Solidarität mit einer Überwindung überholten und erstarrten Dogmatismus verbindet und sich den sozialen Gegebenheiten der Zeit anzupassen vermag.

Anläßlich einer Massenkundgebung der CNT im Frühjahr in Madrid, befragte die Redaktion der Zeitschrift "Dirigentes obreros" drei anarchosyndikalistische Arbeiter um ihre Meinung zu grundlegenden Fragen. Die Antworten, in denen sich der Charakter dieser wiedererstandenen Bewegung spiegelt, geben wir hier im Auszug wieder:

Klassenkampf gegen Ungleichheit:

Nicolas Chozos (N. C.): "Der Klassenkampf war in dem Moment gegebene Tatsache, in dem sich die Menschen in zwei Gruppen schieden, in Ausbeuter und Ausgebeutete. Diese Situation ist ungerecht und unmenschlich, sie bringt eine große Zahl von Ungerechtigkeiten aller Art mit sich, welche die menschlichen Beziehungen durch Unsolidarität und Kampf um das Überleben vergiften.

Es ist der Kampf zwischen denen, die alles entbehren und denjenigen, die mittels politischer und ökonomischer Macht alles besitzen. Solange man nicht zu einer gerechten und stabilen Verteilung der Reichtümer gelangt, wird der Klassenkampf weitergehen. . . .

Julian Fernandez (J. F.): Der Klassenkampf entsteht dann, wenn sich die physisch Stärkeren die Schwächeren unterwerfen und sich das, was die Natur für jedes Menschenwesen geschaffen hat, aneignen. In diesem Akt, in dem logischerweise die schwächer Ausgestatteten verloren, entstand die Ungleichheit, in der

Folge der Klassenkampf. Die Gewalt schuf die Teilung der Gesellschaft in Ausbeuter und Ausgebeutete, die bis heute weiterbesteht.

In verschiedenen Phasen der Geschichte hat dies die Arbeitenden dazu geführt, sich als Klasse zu erkennen und für eine gerechtere Gesellschaftsordnung zu kämpfen. Ich glaube, daß es wichtig ist, zu sehen, daß dem Klassenkampf nicht nur ein ökonomisch-materielles Anliegen zu Grunde liegt, sondern daß es um das Recht jedes Menschen nicht nur auf die materiellen Güter, sondern auch auf medizinische Hilfe, Kultur und alles, was Wohlstand bedeutet, geht. . . .

Enrique Guzman (E. G.): Es ist grundlegend wichtig, die Ungleichheit der sozialen Klassen abzuschaffen. Die Anarchosyndikalisten werden nie damit aufhören, für die totale Abschaffung der Klassen, den freiheitlichen Kommunismus und die Emanzipation des Menschen zu kämpfen.

Gegen die Diktatur, einschließlich die des Proletariats:

N. C. : Es handelt sich um eine Fälschung. Falsche Begriffe, gefälschte Definition. In Wirklichkeit handelt es sich um die Diktatur gegen das Proletariat. Die Unglücklichen, die sie erleiden, haben, wenn sie eingekerkert oder hingerichtet werden nicht einmal den Trost, als Helden oder Märtyrer angesehen zu werden, sondern man verabscheut sie als "Faschisten" oder "Provokateure". Mit diesen Namen werden in den totalitären Staaten die Persönlichkeiten derer, die für die Freiheit ihrer Völker kämpfen, verleumdet. Wie jede Diktatur, so ist auch diese ein bestialischer und asozialer Zustand, der durch Gewalt, Terror und Lüge installiert und aufrechterhalten wird.

J. F. : Es handelt sich um nichts anderes, als um einen Betrug, zu dem der Kommunismus greift, um alle Gruppen, die nicht denken wie er, unten zu halten. Schon zur Zeit der Auseinandersetzung zwischen Marx und Bakunin wurde gesagt, die Diktatur des Proletariates sei die Brücke zum Anarchismus. Aber heute, wo diese Diktatur Wirklichkeit geworden ist, konstatieren wir, daß die Arbeiter dieser Länder eine neue Revolution machen müssen, um sich von dieser Tyrannei zu befreien. Darum ist die CNT gegen alle Diktaturen, seien sie rot, blau oder gelb.

E. G. : Wir Anarchosyndikalisten sind gegen jede Art von Diktatur. Darum akzeptieren wir die marxistische Dialektik von der Diktatur des Proletariates nicht. Wir wollen eine freie Gesellschaft, in der alle Arbeitenden ihre Rechte und Pflichten genießen und erfüllen.

Einheit der Arbeiter auf der Grundlage der Freiheit:

N. C. : In der verworrenen Situation sind wir für einen Pluralismus, der jedem Spanier die Möglichkeit gibt, sich der Gewerkschaft anzuschließen, die ihm am meisten zusagt und von der er glaubt, daß sie seine Interessen am besten verteidigt.

J. F. : Die CNT ist Anhängerin der Einheit der Arbeiterklasse unter der Voraussetzung, daß diese aus der Freiheit der Entscheidung der Arbeiter hervorgeht. Die einzige wirkliche Einheit ist eine solche, welche von den Arbeitern in ihrem Kampfe um die wirtschaftliche, soziale und geistige Emanzipation ihrer Klasse selbst geschaffen wird.

Die Aktionseinheit, die wir meinen, muß von Fall zu Fall von den verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen und von den Arbeitern, die von diesen nicht vertreten sind, durch Abmachungen hergestellt werden. Die Vorschläge zu einheitlichem Vorgehen müssen in den Arbeiterversammlungen der Produktionszentren geboren werden.

E. G. : Die Einheit muß an der Basis entstehen, sich in freien Gewerkschaften manifestieren und zur totalen Freiheit und Emanzipation der Arbeiterklasse führen.

Gewerkschaftsfreiheit, Voraussetzung der Emanzipation:

N. C. : Solange es keine wirkliche Gewerkschaftsfreiheit gibt, kann man nicht von Gerechtigkeit und Demokratie reden. Ohne Gewerkschaftsfreiheit sind die Arbeiter ohne Verteidigungsmöglichkeit dem Kapital ausgeliefert. Sie haben keine Möglichkeit zum Dialog und keine Mittel, um ihre heutigen und zukünftigen Probleme zu lösen.

J. F. : Die Gewerkschaftsfreiheit muß der Ausgangspunkt zu Einheitsexperimenten sein. Die Pluralität der Gewerkschaften ist eine Tatsache. Von ihr ausgehend ist es nötig, auf dem Wege zur Einheit fortzuschreiten.

E. G. : Die Freiheit der Basis muß absolut sein. Die Arbeiter müssen sich in ihrem Kampfe für Emanzipation und Selbstverwaltung in Gewerkschaften organisieren, in denen alle Beschlüsse von der Basis ausgehen.

Die Gewerkschaften müssen ihre Kräfte vereinen:

N. C. : Wir sind damit einverstanden, um die ersehnte Freiheit zu erkämpfen, unsere Kräfte mit denen anderer Gewerkschaftsverbände zu vereinen. Aber dies unter der Voraussetzung, daß diese Koordination dem realen und ehrlichen Wunsch entspringt, den Arbeitern zu dienen und nicht irgendeinem politischen Interesse.

J. F. : Ich bin einverstanden. Wir glauben, daß eine Verbindung zwischen allen gewerkschaftlichen Gruppierungen zur Vereinheitlichung der Aktion nützlich sein kann.

Eine solche Aktionseinheit hätte zur Voraussetzung, die Freiheit der verschiedenen Organisationen im Sinne ihrer eigenen spezifischen Zielsetzungen.

E. G. : Diese Möglichkeit soll man nur ins Auge fassen, wenn die Einheit der verschiedenen Gewerkschaftsverbände zu einem positiven Resultat für die Arbeiterklasse führen kann.

Den Dialog über Probleme von fundamentalem Interesse soll man nie ausschließen, aber dabei ist Voraussetzung, daß die CNT ihren anarchosyndikalistischen, also freien Grundsätzen treu bleibt und ihre libertäre Linie nicht verläßt.

Die Gewerkschaft darf nicht Werkzeug einer Partei sein:

N. C. : Wir glauben ehrlich, daß eine wirkliche Gewerkschaftsorganisation welche den Anspruch erhebt, die Arbeiter zu repräsentieren, von keiner politischen Partei geführt werden darf, aus dem einfachen Grunde, als die Interessen der Arbeiter mit denjenigen der politischen Führungsgremien nicht konform gehen. Eben- sowenig akzeptieren wir, daß Partei- oder Staatsinteressen die Revolte der Arbeiter gängeln oder bremsen dürfen.

J. F. : Der Syndikalismus bedeutet seit seinen Anfängen zur Zeit der 1. Internationale die Assoziation der Arbeiter, welche für ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen kämpfen. Er ist unabhängig von irgendwelchen politischen Parteien oder Ideen. Die Gewerkschaft darf niemals Werkzeug einer Partei sein. Der Angehörige einer politisch unabhängigen Gewerkschaft merkt, daß seine Führer jedesmal bei Beginn einer Wahlkampagne ihre Positionen revidieren.

E. G. : Die politischen Parteien, gleich welcher Ideologie, formieren und entwickeln sich innerhalb der Struktur der bürgerlichen Gesellschaft. Ihr einziges Streben geht nach Eroberung der Macht, der sie alles opfern. Die Arbeiter werden bei

ihnen niemals die Freiheit und die Erfüllung ihrer gerechten Forderungen finden.

**Der Reichtum muß von denjenigen, die ihn produzieren,
verwaltet werden:**

N. C. : Alle Menschen werden mit unveräußerlichen Rechten und Pflichten geboren. Wir sind uns bewußt, daß wir, um zu existieren und um unsere Lebensbedingungen zu verbessern, die nötigen Güter produzieren müssen. Aber wir fordern, daß die Güter von denjenigen verwaltet werden, die sie produzieren, unter Ausschaltung von Vermittlern, und daß alle ohne jede Ausnahme an ihrer Nutznießung teilhaben. In einem freien Kommunismus, dem Ideal, das wir verwirklichen wollen, sollen alle Menschen nach ihrem Bedürfnis konsumieren, unabhängig davon, welchen Beruf sie ausüben.

J. F. : Die CNT kämpft für die Gleichheit aller Menschen. Das ist das Ziel des freien Kommunismus (*comunismo libertario*).

E. G. : Eine klassenlose Gesellschaft kann man nur begründen, wenn alle Arbeiter für die Abschaffung des kapitalistischen Systems, das alle Ungleichheiten schafft, kämpft.

Kollektivierung, Selbstregierung und Anarchismus:

N. C. : Die CNT kann in ihrem permanenten Kampf mit der heutigen Wirtschaftsordnung nichts anderes ins Auge fassen, als eine Sozialisation durch Selbstverwaltung. Das, was man heute Privateigentum nennt, muß Gemeineigentum in Form einer Mitbestimmung aller Arbeiter werden.

J. F. : Das Wort Autogestion brauchen heute alle von der Falange bis zur kommunistischen Partei. In Wirklichkeit kann es aber nur Selbstregierung bedeuten, und Selbstregierung ist Anarchismus. Politische Gruppen und Sprecher zentralistischer Gewerkschaften brauchen dieses Wort zu Unrecht. Solange es irgendeine Form persönlicher Machtausübung gibt, gibt es keine Autogestion.

E. G. : Die CNT will die Kollektivierung auf allen Ebenen. Sie will die Struktur der heutigen Unternehmen zerstören, um ein Wirtschaftsgefüge zu schaffen, an dem alle Arbeiter mit gleichen Rechten und Pflichten teilhaben, und in dem alle Möglichkeit zu Ausbeutung und Ungleichheit aufhört.

Freier Kommunismus und Lebensqualität:

N. C. : Wir wollen ein Maximum an Lebensqualität. Darum wollen wir den freien Kommunismus verwirklichen, wo wir im Einklang mit der Idee der Gleichheit aller Menschen, die Produktion rationalisieren können, indem wir uns um eine Produktion für einen bescheidenen Konsum ohne Luxus und Üppigkeit bemühen, der sich auf das Notwendige beschränkt.

J. F. : Die Lebensqualität, die wir anstreben, besteht in sozialer Gleichheit und einer konstanten Verbesserung für alle. Der freie Kommunismus ist für die CNT kein Endziel, bei dem sie stehenbleiben wird. Immer und in jeder Gesellschaft wird es einen Kampf um Verbesserung geben, der kein letztes Ziel kennt.

E. G. : Lebensqualität bedeutet für uns materielles Wohlbefinden, das sich auf Gleichheit gründet. Das Verschwinden der Ungleichheit unter den Menschen hat gleichzeitig ein moralisches Wohlbefinden zur Folge. Mit diesem Zielstreben wir ein Maximum an Kollektivierung, an der alle Arbeiter teilhaben, an.

*

Nachrichten aus der BRD

*

F.A.U.

**INITIATIVE
FREIE ARBEITER-UNION**



I.A.A.

**FREIE ARBEITER-UNION
Anarcho - Syndikalisten
Repsoldstr. 49, 2000 Hamburg 1
Offener Abend: Mittw. 18-21 Uhr**

Angeschlossen an die Internationale Arbeiter-Assoziation I. A. A.

Stellungnahme der Initiative FREIE ARBEITER-UNION Hamburg ZUR GEWERKSCHAFTSFRAGE - "Zerschlagung des DGB" durch die CSU?

Kaum ist Strauß zum Kanzlerkandidaten der Reaktion gewählt worden, geht der große Katzenjammer der Linken in der BRD erneut los. Die ersten Buttons mit "Strauß - Nein danke!" sind gedruckt, die demokratische Linke hat einen Feind. Bedauerlich, daß in Deutschland die Linke immer ein Feindbild braucht, um überhaupt von sich reden zu machen. Das liegt sicherlich an ihrer radikal-demokratischen Perspektivlosigkeit, die immer noch auf dem Staatswesen beruht und deshalb keine Alternative sein kann. Wer immer dem "kleineren Übel" vertraut hat, der traut sich jetzt erst bei Strauß, eine "Alter-naive" zu Strauß und Schmidt zu bilden. Aber natürlich eine "alternative" demokratische Liste, anstelle einer anti-parlamentarischen und anti-staatlichen Oppositionsbewegung. Letztere ist die einzige Möglichkeit, nicht zwischen den Machtblöcken zerrieben zu werden.

Aber darüber soll jetzt nicht diskutiert werden. Interessanter ist für uns die Diskussion, die über das Gewerkschaftspapier von CSU-Generalsekretär Stoiber eingesetzt hat. Es geht der CSU darum, den DGB als politische Macht zu neutralisieren, d. h., den übermächtigen, zentralistisch gelenkten DGB als Transmissionsriemen einer sozial-liberalen Regierungspolitik auszuschalten. (CSU-Papier in der FR vom 30. 6. und 2. 7. 1979). Langfristig geht es der CSU allerdings um eine Neugestaltung der "Gewerkschaftsbewegung": durch Unterstützung des CGB (ca 100.000 Mitglieder) sowie von DAG und Deutschem Beamtenbund eine "alternative" Gewerkschaft zum schlicht "sozialistisch" erklärten DGB aufzubauen, eine reaktionäre, gelbe Unternehmerrgewerkschaft zu schaffen, die sich ganz der CSU unterordnet.

Jeder Genosse und jede Genossin sollte sich diese Papiere genau durchlesen. Denn, auch wenn diese Strategie nicht in den nächsten Jahren durchgesetzt werden kann, wird die CSU als treibende Kraft innerhalb der Union während zwei Legislaturperioden neben der Unterstützung des CGB auch auf Gesetzesebene ihren Kampf gegen den DGB fortsetzen und die Vorherrschaft der SPD darin zu brechen versuchen: das BVG soll novelliert werden (Minderheitenschutz der anderen Gewerkschaften) und gleichzeitig ein "grundsätzliches Verbot kommunistischer Parteien aller Schattierungen mit Nachdruck" gefordert werden, um per Gesetz zu verhindern, "daß der Klassenkampf in die Tarifaueinandersetzungen und in die

Betriebe hineingetragen werden kann, wie in England, Frankreich und Italien. (Stoiber)

Geht es jetzt aber wirklich um die "Zerschlagung der Gewerkschaften", wie es der Kommunistische Bund (KB) in Hamburg behauptet? Hilft gegen Strauß' reaktionäre Politik bloß eine Kampagne "Strauß- nein danke!" oder Parolen wie: "Gewerkschafter gegen Strauß" bzw. "CSU Gewerkschaften? - Nein danke!"?

Die Nominierung von F. J. Strauß zum Kanzlerkandidaten der Union kann man wohl so nicht erklären und schon gar nicht bekämpfen. Das grundlegende Problem ist die verschärfte Krise des Kapitalismus, das geht deutlich aus den Zeilen des Dr. Stoiber hervor. Das deutsche Kapital sucht nach jahrelangem internationalen Krisenmanagement durch den Technokraten und SPDler Schmidt nach einer eigenen Lösung. Und diese Möglichkeit wird durch Strauß und seine Politik gewährleistet! Und deshalb braucht das deutsche Kapital langfristig eigene "Gewerkschaften" zur Unterstützung einer mehr nationalen Politik. Die Abkehr von der Ideologie der Sozialpartnerschaft macht die von der Unternehmervereinigung Eisen- und Metallindustrie Rheinland-Rheinessen e. V. verbreitete Rede des Prof. Nachtigall, "Macht ohne Verantwortung" (FR vom 17. 7. 1979), deutlich. Dieser Gesinnungswandel der deutschen Kapitalisten verläuft sicherlich nicht einhellig, scheint sich aber durchzusetzen.



Wie aber reagiert der DGB? Vetter bietet Strauß bezüglich dessen Gewerkschaftsplänen Gespräche an, während IG Metall-Loderer über die BILD vom 12. 7. 1979 verkündet, daß er auch einem Kanzler Strauß gegenüber loyal wäre. Das ist nur logisch und entspricht ganz der Ideologie von SPD und DGB. Wir sind eben nicht in England, wo die Gewerkschaften eine Tory-Regierung stürzen!

Interessanter aber als diese Erklärungen der DGB-Spitze bezüglich Strauß als möglichem Kanzler, sind die Äußerungen zur Einheitsgewerkschaft. Da kündigt Loderer einen energischen Kampf gegen alle an, die die Einheit "zerschlagen wollen. Dabei lassen sie auch ihre soziale Einstellung überdeutlich fallen, so daß es jedem Linken schwerfallen wird, sich nicht zu diesem Problem zu äußern, das nämlich das grundsätzliche in einer Diskussion um den DGB und eine dortige Perspektive oder Mitarbeit sein muß: welche Funktion hat der DGB in dieser kapitalistischen Gesellschaft der BRD?

Loderer sieht Probleme, denn zu Strauß wird der DGB "kaum so gute Beziehungen haben wie zu Schmidt". Da bei ihm "unsere Sorgen und Wünsche... nicht so gut aufgehoben" wären. Im Prinzip mag das ja stimmen, die Realität sah aber immer anders aus: Schmidt hilft der Industrie auf die Beine, nicht den Arbeitern. Das ganze Dilemma sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik kommt aber da zutage, wo Loderer von "Sorgen und Wünschen" spricht. Eine Gewerkschaft hat Klasseninteressen zu vertreten und Forderungen zu stellen- der DGB bettelt und akzeptiert damit das System. Er ist eine Stütze dieses kapitalistischen Wirtschaftssystems, deshalb braucht man seiner falschen "Einheit" keine Träne nachzuweinen.

Die DGB-Gewerkschaften sind darüberhinaus alles andere als "Einheits"-Gewerkschaften. Man bedenke nur einmal, wie sie entstanden sind. Theoretisch woll-

ten Kommunisten, Sozialdemokraten und Christliche schon 1945 ihre Gegensätze überwinden und eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung aufbauen, die die größte Organisation Deutschlands sein sollte (siehe: K. H. Roth "Die andere Arbeiterbewegung"; J. Klein, "Hand in Hand gegen die Arbeiter"). Diese Vorstellungen waren schon damals gegen die Interessen der Arbeiter - aber im Interesse der späteren Besatzungsmächte. Heute sind die Kommunisten und Linken meist draußen, da kommunistische oder gar revolutionäre Kritik und Agitation für den wirtschaftlichen Wiederaufbau hinderlich waren und sind. Deshalb wird für uns Anarcho-Syndikalisten in der jetzt geführten Diskussion immer klarer zu beweisen, daß die DGB - Gewerkschaften nur ein Pfeiler dieser repressiven Gesellschaft, ein Unterdrückungsfaktor der Arbeiterklasse wie Parteien, Polizei, Armee . . . sein können. Darüber werden die wenigen Linken im DGB nicht hinwegtäuschen können, ebenso wie Erklärungen der SPD.

Die Angst und Feindschaft der DGB- Funktionäre vor echten Arbeitskämpfen, haben die Arbeiter in den letzten Tarifaueinandersetzungen hautnah kennen gelernt. Vetter sprach von einem "durchgedrehten Industriezweig" (der Druckindustrie) und von ausgeflippten Stahlarbeitern in Frankreich. Das ist das wahre Gesicht.

Aus Loderers BILD - Interview vom 12. 7. wird dann öffentlich klar, wozu der DGB da ist: zur Garantie "der sozialen und wirtschaftlichen Stabilität" nämlich, um die es in unserem Lande vorbei wäre, wenn Strauß die Einheitsgewerkschaft "zerschlagen" würde. Und das IG Metall- Vorstandsmitglied Koop von der CDU erklärt das in der FR vom 26. 6. ähnlich: "Die Gewerkschaftspläne der CSU offenbaren eine politische Instinktlosigkeit, wie sie nur bei Politikern existieren könne, die den Zusammenhang zwischen der Einheit der Gewerkschaftsbewegung und dem Funktionieren einer Demokratie nicht zu erkennen vermögen."

Die Demokratie ist also in Gefahr. Oder anders ausgedrückt: in einigen westeuropäischen Ländern gibt es keine "Demokratie", weil es keine Einheit der Gewerkschaftsbewegung gibt - die sich nicht einig in der Verteidigung des kapitalistischen Systems ist (Frankreich, Spanien z. B.). Begreifen die Linken, die die "Zerschlagung der Gewerkschaften" an die Wand malen, gar nicht diese Parallele?

Die DGB - Gewerkschaften kann man auch nicht durch Konkurrenzorganisationen wie CGB oder CSU - Gewerkschaften zerschlagen! Am 2. Mai 1933 wurden die deutschen Gewerkschaften (alle!) von den Nationalsozialisten zerschlagen, indem sie aufgelöst und verboten wurden. Und das, obwohl der ADGB noch den 1. Mai 1933 unter dem Hakenkreuz beging! Wenn jetzt z. B. der KB hier Parallelen zu den Plänen der CSU zieht (siehe AK vom 9. 7.), dann beweist er seine politische Unreife. Es ist absolut falsch: Strauß ist nicht der neue Hitler! Der DGB ist allerdings noch genauso dumm wie der ADGB und die Sozialdemokratie hat aus dem Nationalsozialismus ebenfalls keine Konsequenzen gezogen. Die Linke wohl ebenfalls nicht, die demagogischen Versuche zu beweisen, daß sich Geschichte wiederholt oder um die eigene altbackene Theorie der "Faschisierung" zu rechtfertigen, lassen das vermuten.

Die Linken müssen aufhören, immer bloß funktional zu denken und sehen, daß z. B. der DGB "zerstört" werden soll - wenn er zerschlagen werden kann, dann doch wohl nur durch den Austritt seiner Mitgliedermillionen selbst! Und wenn es soweit kommt, kann der DGB wohl keine Existenzberechtigung mehr haben.

Wir sind der Meinung, daß sich im Laufe der verschärfenden Krise des politischen und wirtschaftlichen Systems der BRD herausstellen wird, daß der DGB nicht

in der Lage ist, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. An seine Stelle werden Richtungsgewerkschaften treten, die die einzige Antwort auf eine stagnierende, am System klammernde "Einheitsgewerkschaft" sind. **Die revolutionären Linken sollten deshalb langfristig auch im DGB daraufhinwirken, eine antistaatliche und anti-kapitalistische Gewerkschaft aufzubauen, um diese Gesellschaftsordnung von linksradikalen Positionen anzugreifen!**

Hier muß die radikale Linke sich entscheiden: Kampf gegen Kapital und Staat oder bloßes Geplänkel um falsche Führer!

Unsere Situation als Arbeiter ist gekennzeichnet durch die Verweigerung der DGB-Führer, Lohnzuschläge wegen der Preissteigerungen zu fordern, weil "in dieser Situation niemand zuschlagen darf" (Loderer in BILD vom 12. 7.); der Verfassungsschutz wird bei Gewerkschaftsvorständen vorstellig, um vor durch "Chaoten" der RGO geschürte Unzufriedenheit in den Betrieben zu warnen; in Bremen ermittelt das 13. Kripo-Kommissariat (Politische Polizei) gegen Drucker wegen einer nichterschiedenen Anzeige der Kapitalisten während des Stahlarbeiterstreiks im November 1978; da speichert und überwacht der Verfassungsschutz ebenfalls in Bremen die Betriebsratswahlen und Betriebsräte - das ist die Realität, mit der sich die Arbeiterlinke auseinandersetzen muß. Was sagen wir dazu, wenn die IG Bergbau den CDU- und CSU-Mitgliedern in ihren Reihen rät, sich nicht aus der Union drängen zu lassen und gar deren (SPD?) - Kollegen auffordert, dabei Hilfestellung zu leisten (Hamburger Morgenpost vom 12. 7.) ?!

Man sollte nicht immer an den Tatsachen verzweifeln und sich Nebenkampflplätze suchen, schon gar nicht, wenn wir die besseren Antworten geben können. Gerade in letzter Zeit kamen in Gewerkschaftskreisen Diskussionen zustande (siehe REVIER-Papier), die eine unabhängige Gewerkschaftspolitik, die Trennung von SPD und DGB forderten, den Zentralismus anprangerten - führen wir diese Diskussionen fort und lassen sie nicht kaputtmachen durch Anti-Strauß-Kampagnen oder Denunziation als Feindpropaganda (so wurde das 'Oberursel-Papier' z. B. als "VS-Papier" in Hamburg bezeichnet!) **Der Feind ist der Kapitalismus und der ihn schützende Staatsapparat - und den bekämpfen wir nur mit einer klaren anti-kapitalistischen, jeder Staatstheorie abholden Klassenorganisation! Diese gilt es zu schaffen, nicht demokratisch-liberale Wählerinitiativen, die Strauß - auf egal welche Art - stoppen wollen.**

Zu bekämpfen gilt es bei den CSU-Vorstellungen nicht ihr Bemühen, eigene Gewerkschaften zu bilden, sondern den politischen Angriff auf die Arbeiterklasse sich die eigene Organisationsform zu geben (Verbot aller Linken; Verbändegesetz möglicherweise).

Die Arbeiterlinke muß sich darüber im Klaren werden, daß der DGB kein revolutionierbarer Haufen ist, sondern ein Gemisch aus Werkschützern, GSG-Killern, Polizisten, Beamten, Meistern, Funktionären (meist arbeiterfremde Intellektuelle) - und Arbeitermassen. Das ist keine Perspektive für eine grundlegende Veränderung dieser Klassengesellschaft.

Gerade weil wir uns der politischen Dimension des Rechtsrucks in der BRD bewußt sind, der möglicherweise auch eine Veränderung der "Gewerkschaftslandschaft" mit sich bringt, sehen wir Anarcho-Syndikalisten in einer gegen Strauß

gerichteten Kampagne nur dann einen Sinn, wenn es sich dabei um einen antikapitalistischen Kampf handelt. Die Verteidigung der Republik und des DGB ist nicht unsere Aufgabe. In diesem Sinne erhoffen wir uns eine freimütige Aussprache zu diesem Thema.

FAU Hamburg
21. Juli 1979

Kommentar zum Zeitgeschehen:

Wie notwendig sind Bürgerinitiativen?

Glücklich können sich jene Völker nennen, welche in Demokratien leben. In diesen besteht die Möglichkeit freie Bürgerinitiativen zu entwickeln, die, sofern sie nicht aggressiv und mit gewaltlosen Mitteln zur Durchführung gebracht werden, zum Erfolg führen können. Und wenn da und dort in der heutigen Gesellschaft welche entstehen, dann sind sie ein Gegengewicht zur obrigkeitlichen Geisteskonzeption, die nicht immer auf das Volkswohl gerichtet ist. So kam die Freiheit des Geistes und der Wille zur Gesellschaftsveränderung im Sinne für wirklichen Frieden und Fortschritt in Österreich voll zum Ausdruck durch die Bürgerinitiative, die bereits einen **Kampf der Vernunft** in völliger Gewaltlosigkeit errungen hat, indem eine Mehrheit bei der Volksabstimmung am 5. November 1978 zum Atomkraftwerk in Zwentendorf gegen die Inbetriebnahme sich entschieden hat. Das ist ganz gewiß einmalig in der Entwicklungsgeschichte Österreichs und stellt einen Anfang dar, wie eine wirklich und lebendig funktionierende Demokratie beschaffen sein muß. Somit hat sich ein elementares Kräfterennen zwischen Volk und Führung in ihr etabliert, das zu besseren Zukunftsaussichten für das allgemeine Volkswohl Anlaß geben kann.

Wenn auch die Atombefürworter das für sie trübe Resultat nicht hinnehmen und sich mit der gegebenen Tatsache nicht abfinden, wonach sie doch noch ein Umdenken der AKW-Gegner herbeiführen wollen, so sei es jenen Leuten gesagt, von einer Wiedereingangbringung einer neuerlichen Volksbefragung zur Kernenergie abzulassen, denn dann kann es sein, daß sie eine noch größere Enttäuschung erleben müßten. Die Argumente von den so hartnäckig ins Treffen geführten Kernenergie-Anhängern bleibt weiterhin entkräftet, weil bis jetzt in punkto Sicherheit des Atomgiganten, sowohl auch die Atommüllfrage nicht gelöst ist. Die AKW-Katastrophe in Harrisburg hat dem Unsicherheitsfaktor nur noch weiteren Auftrieb gegeben und stellt die ganze Kernenergie-Erzeugung noch mehr in Zweifel, wodurch mit der stereotypen Angstpsychose der Energie-Knappheit nicht hinweggetäuscht werden kann. Es wäre ja sehr schade neuerdings so viel Aufwand an menschlicher Energie und finanziellen Mitteln auf beiden Seiten pro und kontra-Kernenergie aufzubieten nur auf die vage Hoffnung hin, doch noch eine Wende zu Gunsten der Atombefürworter zu erreichen.

Zur Frage der Energie-Sparmaßnahme, müßte man in erster Linie den dringenden Appell an die kapitalistische und staatliche Großindustrie richten, die mit

ihrer gigantischen Erzeugungskapazität für die Herstellung von absolut nicht notwendigen und überflüssigen Waren und Gegenständen immense elektrische Energie benötigen. Man denke z. B. an die Alkohol- und Nikotin-Erzeugung, die ja auch einen kolossalen Schädlichkeitsgrad darstellt, der in seiner Gesamtheit betrachtet, eine Kette von Krankheiten, Unheil und menschliche Tragödien beinhaltet. Wer glaubt, unbedingt diese Gifte konsumieren zu müssen, sollte zur gesetzlich festgelegten Arbeitszeit für seine Neigung zu solchen Giften zuzüglich seine Arbeitszeit verlängern. Denn wie kommt derjenige Zeitgenosse dazu, der an seine Gesundheit, an sein wirklich leibliches Wohl bedacht nimmt diesen, von seinem Standpunkt aus überflüssigen, unnützen Industriezweig mit seiner Arbeitskraft mitzufinanzieren, wodurch eigentlich seine Freizeit verkürzt, folglich sein Lebensniveau geschmälert ist? Wäre eine solche Erkenntnis nicht der Auftakt zu einer guten Volksgesundheitspolitik, der zugleich eine selbsterzieherische Methode zugrunde liegt nämlich die, daß die Zigaretten rauchenden und Alkohol trinkenden Menschen doch von der Einsicht und der Vernunft geleitet werden könnten, zu Ungunsten ihrer Freizeit weil verlängerte Arbeitszeit diesen, ihren Giftkonsum zu reduzieren, ja sogar einzustellen? Freilich, bis dahin ist's gewiß noch ein weiter Weg, denn zu tief sitzt diese Giftseuche im Volk zum einzigen Vorteil für diejenigen, an diesem Übel Milliarden an Geld verdienenden Profithänen.

Und ferner wollen wir uns nicht zurückhalten wenn es gilt darauf hinzuweisen, mit was wohl der größte Raubbau an Energie betrieben wird. Es ist die gigantische Rüstungsindustrie mit ihrer sich immer mehr ausbreitenden Mordwaffenfabrikation en gros. Nicht, daß für diesen schändlichsten Industriezweig gewaltige Energiemengen erforderlich sind, dient er man bedenke, nur für Zwecke der Vernichtung von Menschen und der Zerstörung von Sachgütern. Wer zu dieser Energievergeudung mit Menschen und Materialien für diesen Industriezweig zu seinen Gunsten Stellung nimmt, ist nicht von Sinnen und entbehrt jede sittliche und moralische Grundlage, einem solchen Individuum müßten wir entgegenschleudern: Der Militarismus bedeutet die brutalste Form menschlicher Herrschaft und Knechtschaft, motiviert durch verbrecherische Komplexe, fundiert durch Zerstörungsstrategie, nur auf Vernichtung eingestellt, das Scheußlichste und Schändlichste was jemals Lebewesen zuwege brachten und in Kriegen begehen. So ist im militaristischen Denken und Tun, der Mensch die grausamste Bestie - ganz gleich, ob als Befehlender oder Gehorchender. Alle Behauptungen, womit sogenannte Menschen ihren Militarismus - in Rüstung, Ausbildung und Krieg zu rechtfertigen trachten, sind nichts anderes, wie verlogene Phrasen. Es tut dabei nichts zur Sache, ob man als herrschende Hetzer und deren Zuhälter, oder als glaubende Opfer den Moloch Militarismus zu begründen versucht. Schuldig ist jeder Einzelne an dem, was der Militarismus verursacht, wenn er nicht konsequent gegen ihn steht und wirkt. Und es muß betont werden, daß in der Neuzeit in großen Teilen der Menschheit antimilitaristische Erkenntnisse, Mittel und Möglichkeiten weithin bekannt gemacht wurden und werden, sodaß Jeder der guten Willens ist, sich gegen den Militarismus einsetzen kann. Es entschuldigt nicht, wenn man im Glauben zu Religionsführungen und göttlichen Phantasiegebilden dem Militarismus huldigt, oder indem man dabei von Verteidigung der Demokratie faselt, oder damit angeblich ein christliches, sozialistisches oder kommunistisches System anstrebt und schützen will. Durch Militarismus - die Kombination von Befehlsgebern und Sklavengehorsamkeiten - schafft man keine Gemeinschaft freier Menschen. Die friedliche Gemeinschaft, vor allem wirtschaftlich gleichgestellter Menschen, stellen wir als Ziel allem Militarismus gegenüber. Die Praxis, die Wirtschafts-Arbeits- und Lebensgestaltung Gleichgestellter, wird den gordischen Knoten der im brutalen Kon-

kurrenzkampfwesen gegeben ist lösen, durch die gewaltlose und solidarische Kraft freier Gemeinschaft, die den Anhängern des Militarismus nicht mit denselben Verbrechensmitteln, sondern durch die friedliche und vernünftige Lebensgestaltung wirksam begegnet.

Daß es in der Geschichte der Menschheit keinen Staat ohne Militarismus, keine antimilitaristische Regierung gibt, resultiert die Konsequenz, daß der Antimilitarist, antistaatlich und gegen jede Form der Regierung ist, also im Sinne der freien Menschwerdung durch alle wirkt. So steht der freiheitliche Antimilitarist auch im Gegensatz zu den Pseudopazifisten, die entweder ihr hinterhältiges, demagogisches Spiel betreiben, indem sie Glauben und Vertrauen zu irgendwelchen Regierungen als Friedensgaranten oder gar Förderer der vollständigen Abrüstung zu erhalten oder zu erwecken suchen, oder zu Elementen, die noch offen für irgendwelchen Militarismus eintreten.

Sind die Militäranhänger der gegenseitigen Vernichtung dem Massenmord, dem totalen Chaos durch Krieg zugetan, so sind die Antimilitaristen für die Lebenserhaltung und die Verwirklichung der herrschafts- und knechtschaftsfreien Bedarfswirtschaft durch Selbstdisziplin eingestellt. Um diesem Ziele näherzukommen, bedarf es der Selbstinitiative, die dahin gelenkt sein soll, bei jeder Wahl sich der Stimmabgabe zu ent-



halten, als wirksamer Schritt gegen jedes Herrschaftssystem, das im absoluten Gewaltdenken des ungeheuerlichen Militarismus verharret und ganz bewußt die individuelle Entfaltungsmöglichkeit, die politische Selbstbestimmung der frei und unabhängig sein wollenden Menschen verhindert.

In dieser Hinsicht sehen wir einen Lichtstrahl, eine erstrebenswerte Zielsetzung für die Zukunft, die es gilt zu sichern für uns und für die, welche nach uns kommen. Dieses Ziel wird nur erreicht werden können durch klare Vernunft und die Kraft höherer Erkenntnis. Wo diese Eingang gefunden, bildet sie einen Auftakt zu einem neuerlichen Volksbegehren, diesmal konzentriert auf totale Abrüstung. Schließlich ist das "neutrale" Österreich bestens dazu ausersehen, auch damit wie das erfolgreiche Volksbegehren gegen das AKW in Zwentendorf gezeigt hat - den Anfang zu machen. **Nein, der "bewaffnete Friede", kann niemals den Krieg und die Kriegsgefahren aus der Welt schaffen!** Der Weltfriede wird nur dann Wirklichkeit werden, wenn die Völker selbst willens sind abzurüsten mit Ausschließung ihrer Regierungen!!!

MILITARISMUS IST DER WEG DES TODES!

**DAHER BEJAHEN SIE
ER IST**



**DEN FRIEDEN, DENN
DAS LEBEN.**

Eigentümer, herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Ferdinand Groß.
Verleger und Drucker: Reinhard Umek. Alle, Maygasse 15, 8010 Graz.